



Fahrt in ein neues Bildungszeitalter? Parteipolitik raus, dafür mehr Entscheidungsgewalt an den Schulen, fordern Bildungs-Initiativen

Androsch, Kapsch & Co. machen für Schul-Revolution mobil

VON UTE BRÜHL

Gegen Reförmchen. Bildungsinitiativen wollen Koalition vor Verhandlungsende Mut zu radikalen Reformen machen.

Sie wollten ein starkes Zeichen setzen: 23 Frauen und Männer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft kamen am Dienst zusammen, um die Politik aufzurütteln. Ihr erklärtes Ziel: „Die Bildung muss revolutioniert werden“, sagte Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung (IV) – diese hatte mit Partnern vor einem Jahr die Initiative „Neustart Schule“ gegründet.

Wohin die Bildungsreise gehen soll, skizzierte IV-Bildungssprecher Christian Friesl: Mehr Schulautonomie, schlankere Verwaltung sowie ein Ausbau der Elementarpädagogik. Der Zeitpunkt, Druck auf die Regierung zu machen, ist gut gewählt. In zwei Monaten, am 17. November, wird die Bil-



Aufstand der Zivilgesellschaft: Hannes Androsch (3. v. li.), Christiane Spiel (M.) und IV-Präsident Georg Kapsch wollen eine neue Schule

dingsreformkommission ihre Vorschläge zur Erneuerung des Schulsystems präsentieren. Durchgesickert ist, dass die Schulen zukünftig mehr Autonomie bekommen sollen. Insider befürchten, dass es aufgrund der leeren Kassen vor allem „zu einer autonomen Verwaltung des Mangels kommen könnte“.

Lehrer aussuchen

„Neustart Schule“ will es nicht so weit kommen lassen. Die Initiative will vielmehr einen starken Direktor, der mit seinem Team die Schule managt. Am Standort soll über Personal, Finanzen, Pädagogik, Unterstützungspersonal und die Organisation wie z.B. Tagesablauf,

entschieden werden. Bildungspsychologin Christiane Spiel drängt darauf, dass die Direktoren eine qualifizierte Ausbildung erhalten, etwa in Form eines Masters. Um gute Lehrerschaft zu locken, bräuchte es Anreize. Dennoch wäre ein solches System nicht teurer als das jetzige, meint Spiel: „Wenn sich die Lehrer vor Ort mehr einbringen können und sich wertgeschätzt fühlen, verringern sich Krankenstandstage und Frühpensionierungen.“

Großes Einsparungspotenzial sehen die Initiatoren auch in der Verwaltung. Die ist teuer, weil zu viele Ebenen mitzureden haben: Bund, Länder und Kommu-

nen. Besser sei es, dass zukünftig der Bund die Rahmenbedingungen setze. Ausführende Gesetze, die derzeit von den Ländern erlassen werden, brauche es nicht mehr. So kann die Schulverwaltung verschlankt werden.

Zentrales Anliegen ist den Initiatoren die Elementarbildung. Wie gut ein Kindergarten sei, hänge derzeit davon ab, in welchem Bundesland und welcher Gemeinde er steht. Um dies zu vermeiden, soll hier zukünftig der Bund das Sagen haben. Das zweite verpflichtende Kindergartenjahr müsse kommen.

Wer gute Kindergärten will, der benötigt gute Pädagoginnen. Heidemarie Lexnalis, einst Direktorin einer BAKIP (Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik), moniert: „Es ist unmöglich, 14- bis 19-jährige Schülerinnen zu Kindergartenpädagoginnen auszubilden. Das sollte wie in allen anderen Ländern später in einer Hochschule geschehen.“

Lob für die Vorschläge kam von der zuständigen Ministerin, Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ): „Verflochtene Zuständigkeiten müssen entwirrt werden.“

HINTERGRUND

Erstes Stimmungstief bei neuen Reformpartnern

Steiermark. Kühles Klima in Regierungskoalition

Der Treffpunkt war wohl gewählt: Eine Weinstube in der Grazer Innenstadt, einen Steinwurf von Burg und Hauptplatz entfernt, es ist einer der Plätze, an denen man einfach gesehen wird – zumal um vier Uhr nachmittags.

Für Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP) und seinen SPÖ-Stellvertreter Michael Schickhofer ging es am Dienstag vor allem um eines: Die Grazer sowie polit-affine Berichtstatter sollten wissen, dass sie beide ganz freundschaftlich zusammensitzen und miteinander plaudern – wie es Schützenhöfer weiland schon mit Amtsvorgänger Franz Voves getan hat.

Dass sich der Regierungschef und sein Stellvertreter nachgerade demonstrativ in der Öffentlichkeit platzierten, ist einer politischen Äußerung geschuldet, die Schickhofer im *Standard* ventilierte.

Normale Koalition

Demnach ist nämlich die „alte Reformpartnerschaft“ in der Steiermark zu Ende; die SPÖ, so wird Schickhofer zitiert, habe mit der Volkspartei heute eine „normale Koalition“ – der Zusatz „nur noch“ fehlte, dennoch klang das alles eher nüchtern.

Hat sich die in Rest-Österreich so gelobte Reformpartnerschaft in der Steiermark

also überholt? Ist das Klima nun spürbar abgekühlt?

Nein, nein, kalmiert man in beiden Parteien.

Auch die Reformpartnerschaft zwischen Voves und Schützenhöfer habe 2010 fast zehn Monate gebraucht, um in die Gänge zu kommen.

Und dass das neue Duo – noch – nicht von jenem Vertrauensverhältnis profitiert, für das zuletzt die Herren Voves und Schützenhöfer gepriesen wurden, habe wohl auch mit dem Alter der nun handelnden Personen zu tun – ein 35-Jähriger und ein 63-Jähriger hätten einfach eine andere Gesprächsbasis als zwei Gleichaltrige.

Das ist alles richtig und nachvollziehbar.

Bei Schickhofer kommt allerdings hinzu, dass die Partei noch immer nicht gänzlich zur Ruhe gekommen ist.

Bis heute muss der designierte Chef der Steirer-SPÖ bei Treffen mit einfachen Parteimitgliedern erklären, warum man als Stimmenstärkster auf den Landeshauptmann verzichtet hat. „Das wird als absolut unfair empfunden“, bilanziert Schickhofer.

Spätestens am 23. Jänner sollte der Unmut freilich verflogen sein: Dann nämlich will sich der Weizer vom Parteitag zum Chef der Landes-SPÖ wählen lassen.

– CHRISTIAN BÖHMER



Vertrauensverhältnis in Arbeit: Schützenhöfer und Schickhofer